

Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung
36. Sitzung (nichtöffentlich)

26.11.2003
mr-beh

dieser Strahlen. Deshalb habe man gemeinsam mit anderen Bundesländern eine Studie in Auftrag gegeben. Finnland - dort sei Nokia ansässig - habe z. B. in der gesamten Bevölkerung ein Programm gestartet, Amalgamfüllungen herauszunehmen. Denn man wolle alles vermeiden, was die Strahlen noch verstärke, wie etwa Metall im Mund. In anderen Ländern würden also schon Maßnahmen ergriffen.

Das Problem werde immer größer - deshalb stimme auch der erste Satz des Abschnitts "Vorsorge bei elektromagnetischen Feldern", und das habe auch mit der Politik zu tun. UMTS-Lizenzen würden unter der Prämisse vergeben, dass ein bestimmter Anteil der Bevölkerung über die Masten erreicht werden könne. Das bedeute aber, dass sich die Zahl der Masten dramatisch erhöhen werde. Es gehe also um ein wachsendes Umweltproblem. Die Meinungen seien unterschiedlich, wie gravierend es sei und welche Gesundheitsgefährdung damit verbunden sei. Deshalb seien weitere Studien erforderlich, an denen man sich beteilige.

Dr. Friedrich Wilke (FDP) gibt zu bedenken, dass zumindest genauso viele namhafte Experten keine Gefährdung sähen.

Ministerin Bärbel Höhn erwidert, da ernst zu nehmende Ärzte von einer extremen Gesundheitsgefahr bis hin zu Krebs ausgingen, sei im Zweifel Vorsorge angebracht. Man wisse ja bereits, dass das Benutzen von Handys Erwärmungen im Gehirn hervorrufe, die gesundheitliche Folgen haben könnten. Das Ziel der freiwilligen Vereinbarung mit der Wirtschaft sei nicht, die Masten zu verhindern, sondern nach derzeitigen Erkenntnissen möglichst ungefährliche Standorte für die Masten zu finden - unter Einbindung der Bevölkerung. Die Wirtschaft sei einverstanden. Denn sie wisse, wenn man dies mit der Bevölkerung zusammen erreiche, sei auch die Akzeptanz größer.

4 Die zukünftige Nutzung der Wasserkraft in Nordrhein-Westfalen

- siehe Beschlussprotokoll -

5 Plan des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur landesweiten Bewertung von Kläranlagen insbesondere bezüglich der Stickstoffelimination

Und

Situation der Wartungskosten für Kleinkläranlagen in Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender Klaus Strehl macht auf die Vorlagen 13/2439 und 13/2438 aufmerksam, die Berichte der Landesregierung.

Hans Peter Lindlar (CDU) bezieht sich auf die landesweite Bewertung von Kläranlagen insbesondere hinsichtlich der Stickstoffelimination und verweist auf die Karten 7.1 und

Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung
36. Sitzung (nichtöffentlich)

26.11.2003
mr-beh

7.2 (siehe Vorlage 13/2439, nummeriert mit 378 f.). Große Teile Nordrhein-Westfalens seien in der Alarmfarbe Rot gezeichnet. Das bedeute, dass die Reinigungsleistung der Kläranlagen nach Ansicht des Umweltministeriums nicht ausreiche. Es werde also schnell zu entsprechenden Änderungen der Erlasse kommen, die zu Milliardeninvestitionen führen würden.

Ministerin Bärbel Höhn erläutert, die roten Flächen machten lediglich deutlich, dass die Wasserverbände, die für diese Flächen zuständig seien, noch etwas tun müssten, um die EU-Richtlinie Kommunales Abwasser von 1991 umzusetzen. Ein Erlass sei deshalb nicht notwendig.

Man sei nicht anders vorgegangen als sonst und habe lediglich die Zahlen, die man all die Jahre vorgelegt habe, zusätzlich grafisch dargestellt.

Ein Wasserverband, der Ruhrverband, sei mit der Bitte an das Ministerium herangetreten, eine Karte hinzuzufügen, die deutlich mache, was er bis 2005 noch vorhabe. Dieser Bitte sei man nachgekommen (siehe Vorlage 13/2439, letzte Seite).

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) beantragt, dass sich der Ausschuss am 4. Februar 2003 ausführlich mit dieser Thematik beschäftige. Man müsse überlegen, inwieweit man auch Beteiligte und Betroffene wie etwa die Wasserverbände mit anhören sollte. Denn die Vorlage enthalte eine völlig willkürliche und mit der verabredeten Berechnungsmethode nicht übereinstimmende Betrachtungsweise. Es seien einmal drei Berechnungsmethoden vorgeschlagen worden. In der Bundesrepublik habe man sich darauf geeinigt, zwei Methoden zuzulassen. Die jetzige Berechnungsart, die zu den roten Flächen geführt habe, stimme mit diesen beiden nicht überein.

Bei der Wasserrahmenrichtlinie habe man verabredet, jeden Schritt der Umsetzung mit den Fraktionen abzustimmen. Das heutige Thema sei ebenso sensibel, und es sei unhaltbar, dass eine solche Karte, bevor sie in den parlamentarischen Gremien intern diskutiert worden sei, in der Landesarbeitsgemeinschaft Wasser - LAWA - präsentiert werde und der Eindruck entstehe, dass NRW wassermäßig gesehen die "rote Karte" habe. Hier gehe es erstens darum, wie sich Nordrhein-Westfalen bundesweit nach außen darstelle; dabei trage auch das Umweltministerium eine hohe Verantwortung. Wenn man zweitens in die Sachdiskussion einsteigen und zu dem Schluss kommen würde, dass ein großer Teil der nordrhein-westfälischen Abwasserreinigung völlig unakzeptabel sei, wäre das ein Skandal. Wenn das nicht zutrefte, rede man hier über Milliarden zusätzlicher Investitionen und Belastungen der Bürgerinnen und Bürger. Wenn nicht belegbar sei, dass diese Investitionen tatsächlich erforderlich seien, führe diese Darstellung zu einer Verunsicherung - und das in einer Zeit, in der man über jeden Euro Cent diskutiere, um die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft vor zusätzlichen Kosten zu bewahren.

Vorsitzender Klaus Strehl regt an, dass die Ministerin eventuell in ihrem Hause den Sprechern der Fraktionen erläutern könnte - vor dem 4. Februar -, wie diese Karte entstanden sei, die leider schon in der LAWA und darüber hinaus publiziert worden sei, und welche Auswirkungen sie haben könnte. So könne man Licht in die Problematik

Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung
36. Sitzung (nichtöffentlich)

26.11.2003
mr-beh

bringen, die von Außenstehenden sehr dramatisch geschildert worden sei, und zu einer einvernehmlichen Lösung kommen.

Ministerin Bärbel Höhn ist mit diesem Vorschlag einverstanden und erläutert weiter: Bisher habe man die einzelnen Kläranlagen, die ein Defizit bezüglich der Umsetzung der EU-Richtlinie Kommunales Abwasser von 1991 gehabt hätten, rot gekennzeichnet. Diese Darstellung habe man lediglich in eine Flächenkarte umgemünzt; die Berechnungsmethode sei dieselbe wie immer. Bei der flächenmäßigen Darstellung werde plötzlich deutlich, dass bestimmte Wasserverbände mit ihren gesamten Kläranlagen noch nicht auf die EU-Richtlinie reagiert hätten und andere mit all ihren Kläranlagen die EU-Richtlinie erfüllten. Interessant sei, dass gerade die großen Wasserverbände noch Nachholbedarf hätten und die kleinen erheblich weiter seien.

Diesen Sachverhalt habe man den Wasserverbänden in den letzten Jahren schon deutlich gemacht. Emschergenossenschaft und Lippeverband hätten die Fakten anerkannt und bestätigt, dass es keinen Dissens gebe. Ein großer Verband, der Ruhrverband, habe mit der Berechnung ein Problem. Deshalb bitte sie, zu dem vorgesehenen Gespräch unterschiedliche Wasserverbände einzuladen.

Es sei eine übliche Gepflogenheit, solche Untersuchungen in den Fachgremien der Länder zu besprechen. Ohne Fakten sei es nicht möglich festzustellen, wie weit die einzelnen Länder bei der Umsetzung seien und was man gemeinsam tun wolle.

Holger Ellerbrock (FDP) ist der Ansicht, dieses politisch sensible Thema hätte im Ausschuss angesprochen werden müssen. Es gehe um Milliardeninvestitionen für die Nachrüstung von Kläranlagen.

Reiner Priggen (GRÜNE) hält eine intensive Beschäftigung mit diesem Thema inklusive Anhörung von Experten für richtig. Aber über dieses Thema, wenn die Darstellung zutreffend wäre, fachintern nicht reden zu dürfen, sei nicht einzusehen. Denn die Wasserverbände mit Schwierigkeiten hätten ihre Hausaufgaben nicht erledigt; dazu hätten sie seit 1991 Gelegenheit gehabt. Wenn die Berechnungsmethode nicht zu kritisieren sei, dürfe es kein loyales Schweigen geben, wenn z. B. der Ruhrverband seine Hausaufgaben nicht mache. Dass dieser darum gebeten habe, in einer Karte darzustellen, was er bis 2005 vorhabe, zeige doch, dass auch er das wisse.

Hans Peter Lindlar (CDU) hält es für schädlich, eine solche Karte nach außen zu geben. Inzwischen liege sie auch bei der EU-Kommission vor und bringe Nordrhein-Westfalen europaweit in Misskredit.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) macht deutlich, dass es nicht um loyales Schweigen, sondern um Sachaufklärung gehe. Es müsse ein Unterschied zwischen konkreten Aufgabenstellungen und Verunsicherung von verantwortlich Handelnden gemacht werden. Diejenigen, die ihre Schularbeiten nicht gemacht hätten, müssten benannt werden. Die Karte stelle für weit mehr als 50 % der Fläche Nordrhein-Westfalens - flächendeckend - ein deutliches Unterschreiten der Grenzwerte dar. Man müsse sich fragen, ob man in

Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung
36. Sitzung (nichtöffentlich)

26.11.2003
mr-beh

den letzten Jahren gemeinsam versagt habe. Das treffe aber doch nicht zu. Wenn man den jeweils schlechtesten Wert für ein Versorgungsgebiet mit dem gesamten Versorgungsgebiet, dem Verbandsgebiet, gleichsetze, verfälsche man doch die Realität. Auch bei den großen Verbänden gebe es Anlagen, die die verlangten Werte erreichten. Die Karte beziehe sich nicht auf die einzelne Anlage, sondern das gesamte Verbandsgebiet. Wenn man für das gesamte Verbandsgebiet die Anlagen verändern müsste, gehe es um dramatische Investitionssummen.

Man müsse zu einer sachlichen Bewertung kommen. In der Wasserszene habe man in den letzten Jahren eher kooperativ gearbeitet. Bei dieser Herangehensweise befürchte er eine Gefährdung dieser Kooperation.

Ministerin Bärbel Höhn macht darauf aufmerksam, dass dem Ausschuss und jedem Abgeordneten mit den letzten drei Berichten zu diesem Thema dieselben Zahlen vorgelegt hätten. Jede Kläranlage sei in einer bestimmten Farbe dargestellt worden, unzureichend arbeitende in Rot. Auch der EU und den anderen Ländern seien die Zahlen lange bekannt. Die Vorlage 13/2439 enthalte keine neuen Informationen. Die EU habe sich die Zahlen schon vorher genau angesehen; sie brauche, um einen Überblick über NRW zu haben, keine solche Karte.

Man habe mehrfach mit den verschiedenen Wasserverbänden geredet. Wie deutlich werde, hätten die anderen Wasserverbände aus den rot gezeichneten Kläranlagen Konsequenzen gezogen. Die Emschergenossenschaft und der Lippeverband seien auf einem guten Weg. Der Ruhrverband habe das Problem negiert. Man müsse also die Fakten sehen: Einige hätten etwas getan und andere nicht, obwohl man jahrelang hinter ihnen hergelaufen sei, sie müssten die EU-Richtlinie umsetzen. Dann müsse man schon irgendwann einmal sagen, dass es so nicht gehe.

Holger Ellerbrock (FDP) wirft der Ministerin oder der Abteilungsleitererebene mangelnde politische Sensibilität vor. Durch die flächenhafte Darstellung werde eine Apokalypse gezeichnet, die in der Realität nicht bestehe. Man hätte den Ausschuss vorher informieren müssen.

Ministerin Bärbel Höhn zeigt eine Karte mit der früheren Darstellung, die jeder Abgeordnete bekommen habe. Statt der roten Flächen habe es überall - für jede Kläranlage - rote Punkte gegeben. - **Holger Ellerbrock (FDP)** meint, dass damit trotzdem ein anderer Eindruck verbunden gewesen sei.

Vorsitzender Klaus Strehl weist auf zwei Berechnungsmaßstäbe hin. Hier sei der für NRW schlechtere angewandt worden - im Gegensatz zu anderen EU-Staaten und anderen Bundesländern. Er werde die Verbände zu einem Gespräch einladen, um etwa vorhandene Missverständnisse auszuräumen.

Hans Peter Lindlar (CDU) bittet um eine schriftliche Darstellung der Berechnungen, damit man sich auf die Sitzung vorbereiten könne.

Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung
36. Sitzung (nichtöffentlich)

26.11.2003
mr-beh

Reiner Priggen (GRÜNE) spricht sich für eine öffentliche Anhörung aus:

Die **Ministerin** regt an, auch kleine Verbände sowie die Städte Köln und Düsseldorf einzuladen, die trotz derselben Probleme hervorragende Leistungen erbringen würden.

Der **Vorsitzende** stellt abschließend fest, dass man das Verfahren im Kreis der Sprecher noch diskutieren werde.

gez. K. Strehl

Vorsitzender

beh/16.12.2003/18.12.2003

308